

Erklärung der „Hamburger Friedenskonferenz“ für ein friedliches Europa

Europa wächst zusammen, politisch und wirtschaftlich. Nahezu eine halbe Milliarde Menschen leben in der Europäischen Union, die demnächst 25 Staaten umfassen wird. In einer Zeit, in der globale Probleme wie Unterentwicklung, Klimawandel, Krieg und Terror angegangen werden müssen, beginnt die EU, einen Rahmen für ihr außenpolitisches Handeln zu definieren. Der Entwurf einer „Verfassung für Europa“ liegt vor, eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ wurde bereits im Dezember 2003 vom Europäischen Rat beschlossen.

Bedeutet dies eine Militarisierung der EU oder ein friedliches Europa? Wird Europa multilaterale Konfliktlösungsstrategien weiterentwickeln oder dem unilateralen Politikstil der USA folgen? Wird es sich für gerechte Handelsbeziehungen einsetzen oder sich den Zugang zu Rohstoffen notfalls gewaltsam verschaffen? Diese Fragen haben Menschen aus der Gewerkschafts- und der Friedensbewegung auf der „Hamburger Friedenskonferenz“ diskutiert.

Wir begrüßen, dass der Verfassungsentwurf die Priorität ziviler Prävention und multilateraler Konfliktlösungsstrategien betont.

Wir befürchten jedoch, dass diese Grundsätze schnell zum Alibi für weltweite Militäreinsätze werden können. Denn gleichzeitig verpflichtet der Verfassungsentwurf die Mitgliedsstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Diese Aufrüstung soll durch ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ befördert werden. Ein Aufrüstungsgebot in der Europäischen Verfassung lehnen wir ab!

Ressourcen-Knappheit, zerfallende Staaten, Terrorismus und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen werden in der „Europäische Sicherheitsstrategie“ als Bedrohung des Weltfriedens benannt. Ihre Abwehr erfordert große politische und wirtschaftliche Anstrengungen. Die Entwicklung alternativer Energien, ein Ressourcen schonendes Wirtschaften und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sind notwendig, um die Unterentwicklung weiter Regionen der Erde und den Mangel an Perspektiven für Millionen von Menschen nachhaltig zu bekämpfen. Sicherheit vor militärischen Angriffen und die Achtung ihrer Souveränität sind unverzichtbar, wenn der Wunsch von Staaten auf den Besitz von Massenvernichtungswaffen obsolet werden soll. Bei der Abwehr der Bedrohungen des Friedens sollte Europa eine beispielhafte Rolle als zivile „Friedensmacht“ übernehmen.

Mit der Aufstellung einer „Schnellen Eingreiftruppe“, deren weltweiter Einsatz der Verfassungsentwurf ausdrücklich legitimiert, droht Europa diese Chance zu verspielen. Europa muss in der Welt als strikt zivile „Friedensmacht“ wahrgenommen werden, um auf dieser Vertrauensbasis zu Konfliktlösungen beitragen zu können. Deshalb fordern wir den Verzicht auf die Eingreiftruppen der EU. Das Verbot der Anwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele muss in die Europäische Verfassung aufgenommen werden!

Europa ist unsere Zukunft. Wir wollen ein offenes, demokratisches, soziales und friedliches Europa. Europa darf nicht den Irrweg forciertem Aufrüstung und militärischer Interventionen gehen!

Hamburg, den 24. April 2004

**DGB Bezirk Nord,
Hamburger NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Natur“ e.V.,
Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e. V.,
Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Frieden Hamburg**

